

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 73 (1998)
Heft: 7-8

Anhang: Extra 2 : fremdes Zuhause

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fremdes zuhause

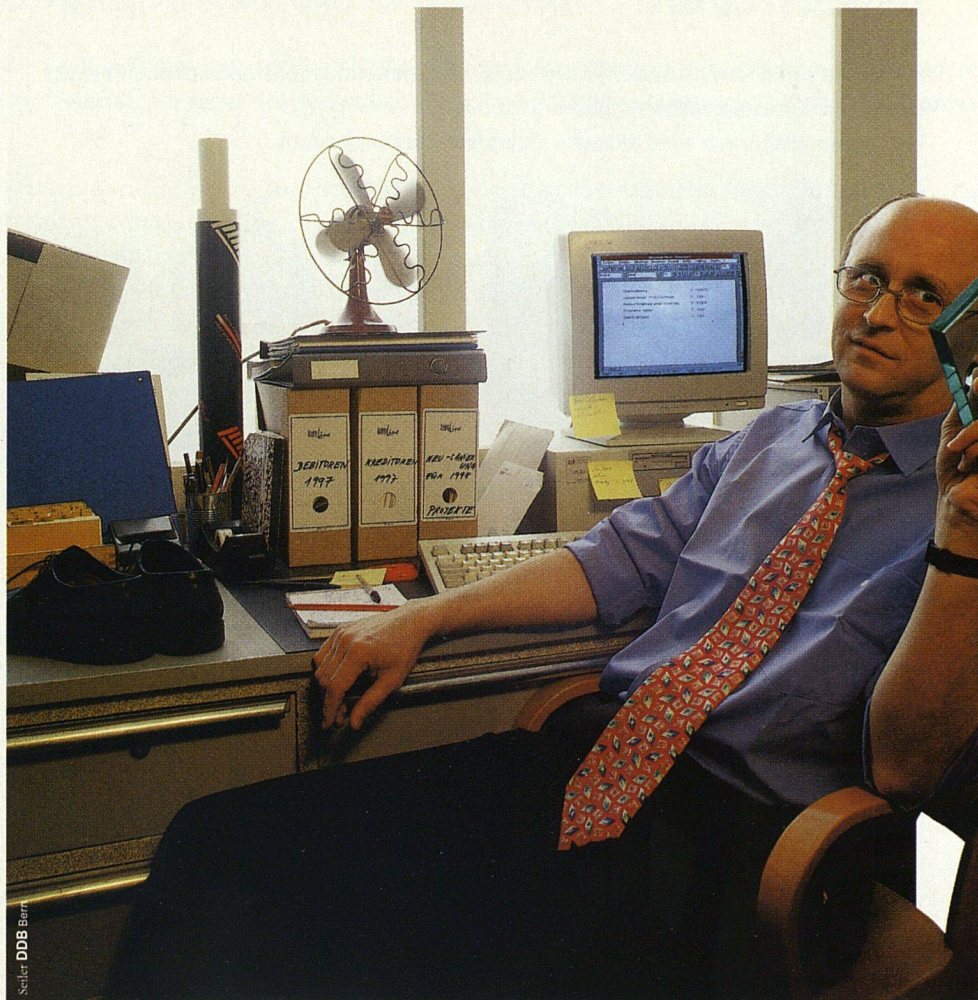
Seit letztem Jahr ist das Matthäusquartier in Kleinbasel gekippt: Die Zahl der ausländischen Staatsbürger/innen überwiegt heute, Schweizer/-innen bilden die Minderheit. Konflikte rund um «das Ausländerproblem» treten immer wieder auf, zumal dieser Stadtteil zu den am dichtest besiedelten in ganz Europa gehört. Für die ortsansässigen Genossenschaften scheint die Lage allerdings nicht dramatisch.

Text: Andreas Merz

Fotos: Pino Covino

Özge und Özden Özdemir vor dem Geschäft ihrer Mutter an der Feldbergstrasse



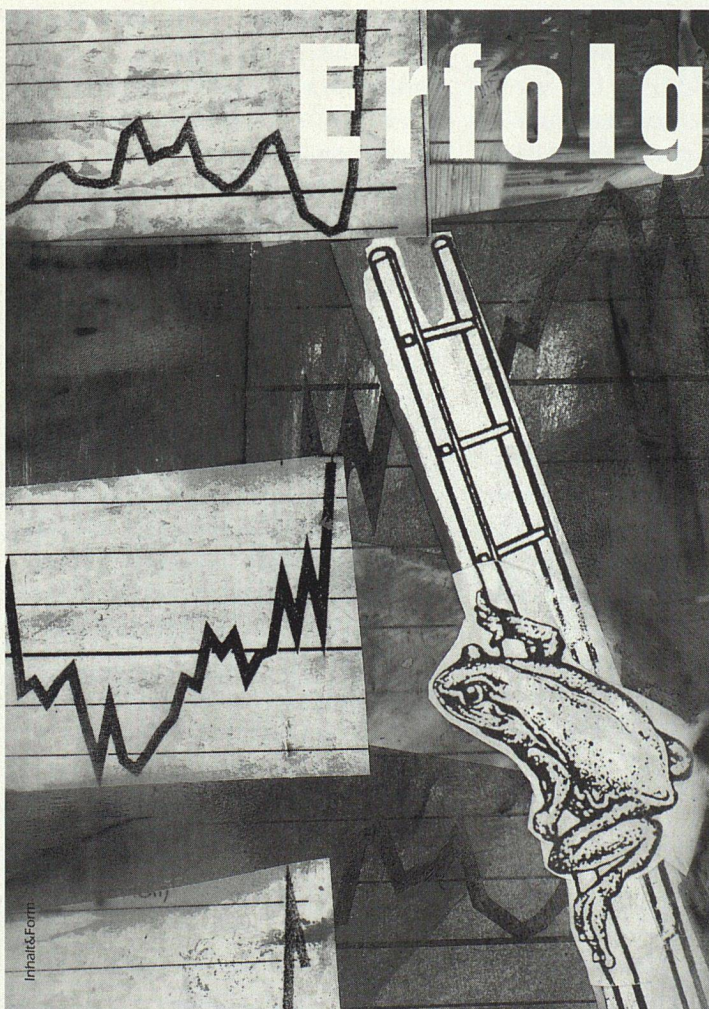


Als Personalchef bin ich fürs Klima verantwortlich.

Wir arbeiten in einem vollverglasten Haus – sehr schön, aber ungemütlich. Im Sommer schwitzen die meisten und im Winter herrscht eine frostige Atmosphäre. Unserer Direktion habe ich schon mehrmals Prospekte hingelegt von neuem Isolierglas, das Sonne reflektiert und Wärme dämmt. Reagiert hat man aber erst nach dem Hinweis des Controllers auf die horrenden Energiekosten der Firma. Dann kamen die Berater von Glas Trösch und nach dem Auswechseln des Glases hat sich das Arbeitsklima spürbar verändert. Wenn Sie ähnliche Probleme mit Sonnenschutz und Wärmedämmung haben, dann rufen Sie uns an.
Gratis-Nummer 0800 855 755.



Glas, die Entdeckung fürs Leben.



Erfolgreich

Gefragt sind heute qualitativ hochstehende **Gesamtlösungen**, die effizient ausgeführt werden – und somit zeit-sparend und auch finanziell interessant sind. Lösungen, die eine intensive Kundenberatung erfordern. Dabei ist Transparenz oberstes Gebot. Wir verstehen uns als **Dienstleistungsunternehmen**, das in jeder Hinsicht auf die Kundenbedürfnisse eingeht.

Für unsere Kunden nehmen wir uns die Zeit und die Partner, die für jede Problemlösung sinnvoll und richtig sind. Auf jeder Stufe.

gdz macht mehr Druck

AG für grafische Erzeugnisse, Spindelstrasse 2, 8021 Zürich
Telefon 01 488 81 11, Telefax 01 488 83 00
www.gdz.ch, E-Mail: info@gdz.ch



Wir fabrizieren
und

besorgen den fachgerechten
Einbau aller Fensterarten.

FENSTERFABRIK ALBISRIEDEN AG

FELENBERGWEG 15, 8047 ZÜRICH
TELEFON 01/492 11 45



Rolladen-, Storen- oder Fensterladen- Probleme?



Die TSCHANZ-Fachmänner
lösen sie!

Permanente Ausstellung!
Auch Samstag 9 – 13 Uhr

TSCHANZ AG
Sonnen- und Wetterschutz

Murtenstrasse 116 Tel. 031 926 62 62
3202 Frauenkappelen Fax 031 926 62 63

AERNI
Fenster und Türen

«DIE HALTEN DICHT»



- AERNI Swissline System Eurodur
- lange Lebensdauer – niedriger Unterhalt
- hoher Wärme- und Schallschutz
- ökologisch, zeitgemäss
- umweltfreundlich produziert
- saubere und schnelle Montage

Permanente Ausstellung

AERNI FENSTER AG

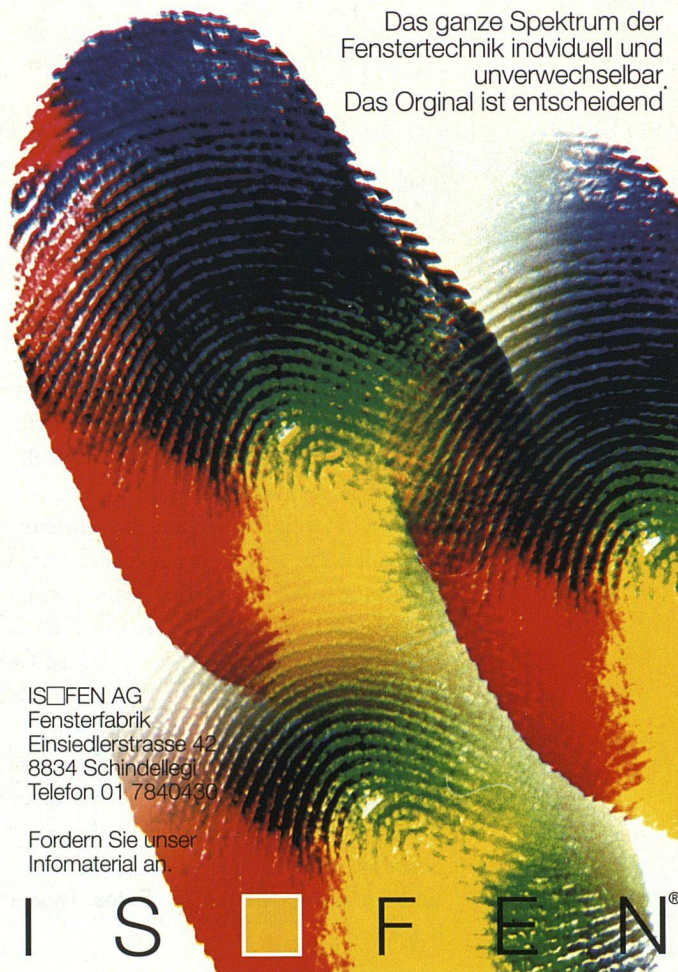
5000 Aarau, Zollrain 2
Tel. 062 822 20 40, Fax 062 822 20 49
9403 Goldach, Klosterstrasse 44
Tel. 071 841 67 11, Fax 071 841 67 13
8200 Schaffhausen, Rittergutstrasse 40
Tel. 052 625 50 58, Fax 052 625 50 61

Hauptgeschäft:

4422 Arisdorf, Hauptstrasse 173
Tel. 061 811 55 66, Fax 061 811 55 67

ORIGINAL

Das ganze Spektrum der
Fenstertechnik individuell und
unverwechselbar.
Das Original ist entscheidend



ISOFEN AG
Fensterfabrik
Einsiedlerstrasse 42
8834 Schindellegi
Telefon 01 7840430

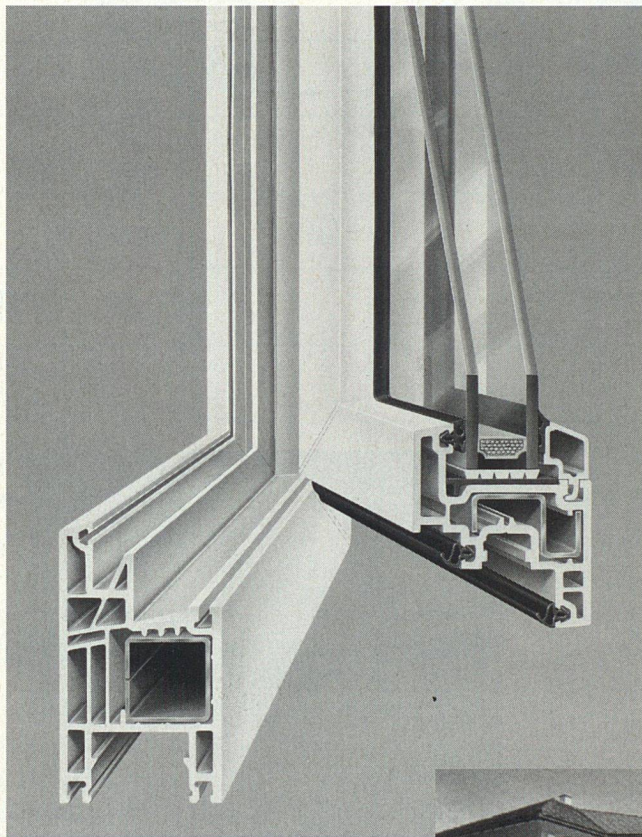
Fordern Sie unser
Infomaterial an

I S  F E N[®]

Eurodur.

*Denn Sie geben sich
ja auch sonst nur mit
dem besten zufrieden.*

Oder.



Im neuen Fenster-Profilsystem EURODUR SWISSLINE vereint Kömmerling die seit über 30 Jahren in der Schweiz gemachten Erfahrungen mit der Technologie der Zukunft. Dadurch erfüllt dieses Fenster System nicht nur die typischen Bedürfnisse und Anforderungen – gesetzliche, architektonische, optische, ästhetische und ökologische der Schweizer Bauherren und Bauschaffenden, sondern wird nun auch, aufgrund seines funktionellen Designs, der hohen Qualität und technischen Ausgereiftheit, auf dem gesamten europäischen Markt als Mitteldichtungssystem angeboten.

Profitieren auch Sie von den Vorteilen, wie hohem Wärme- und Schallschutz bei geringen Unterhaltskosten, des Kunststoff-Fenster Systems EURODUR SWISSLINE.



Kunststoff-Fenster

SYSTEM EURODUR®

SWISSLINE

Ausführliche Unterlagen über

- EURODUR SWISSLINE. Schweizer Kunststoff-Fenster System für Europa
- RolaPlus. Revolutionäres Rolladenkasten-System
- Kömaterra. Stilvolles Tor- und Zaunsystem

erhalten Sie bei:

KÖMMERLING (Schweiz) AG, Objektservice, Herblingerstrasse 119,
CH-8207 Schaffhausen, Telefon 052 644 05 44, Fax 052 644 05 40.



Mustafa Fesli verkauft in seinem Geschäft neben Fleisch, Gemüse und Milchprodukten auch Einrichtungsgegenstände

Nachdem mir Fatma O. geduldig alle Fragen beantwortet hat, liest sie mir die Leviten. Es ist das zweite Mal, dass sie mit einem Journalisten gesprochen hat, und es war das letzte Mal: «Ich habe diese Fragen schon so oft gehört, ich habe genug davon. Wie lange sind Sie in der Schweiz? Wie leben Sie? Wie ist Ihre Wohnung? Nächstes Mal mache ich da nicht mehr mit. Ich will nicht, dass die Leute denken, ah, schau da, eine türkische Familie!» Während ihrer Medienschele bleibt Fatma O. sehr höflich, und sie lächelt fast entschuldigend, aber es ist klar, dass es ihr ernst ist.

Eigentlich war ich auf solche Reaktionen gefasst gewesen. Schon seit Jahren wird die ausländische Bevölkerung im Kleinbasel aufmerksam beobachtet. Journalisten schreiben stimmige Reportagen über Klein-Istanbul, Ethnologinnen erforschen anhand von türkischen Lebensmittelläden die Identität von Minderheitskulturen, und die Boulevardpresse ergeht sich über Ausländer, welche die ihnen anvertrauten Schrebergärten verwüsten.

Die meisten ausländischen Familien leben seit Jahren in Kleinbasel. Viele sehen keine grossen Unterschiede zwischen sich und ihren Schweizer Nachbarn. Trotzdem bekommen Frauen wie Fatma O. immer wieder zu hören, wie schön es sei, dass sie so anders seien als die anderen Ausländer. «Dabei bin ich gar nicht anders,» sagt Fatma O. etwas verzweifelt, «es stimmt nicht, dass ich hierher gekommen bin und alles hier gelernt habe. Ich habe in der Türkei genauso gelebt wie hier.»

Direkt unter der Wohnung von Fatma O. befindet sich die lärmigste Kreuzung des Matthäusquartiers. Die Wohnung hat drei Zimmer und kostet um die 1000 Franken. «Für meine Kinder ist diese Wohnung wie ein Gefängnis», meint Fatma O., «der Verkehrslärm ist gross, es hat keinen Garten und die nächste Grünfläche ist weit weg. Es gefällt uns nicht hier.»

Wer bei Fatma O. auf dem Sofa sitzt und Kaffee trinkt, mit Milch und Zucker, könnte nicht sagen, ob er sich in einer schweizerischen Wohnung befindet oder in der Wohnung einer Ausländerin. Eine Polstergruppe, ein Esstisch mit Stühlen, eine Stereoanlage und auf dem Boden Parkett mit Fischgrätenmuster. Beruflich hat Fatma O. viel in Schweizer Wohnungen zu tun, und sie weiss, wie diese Wohnungen aussehen: «Ich denke nicht, dass Schweizer anders leben. Viele Leute denken, wir seien andere Menschen, aber das stimmt einfach nicht. Was bei den Schweizern vielleicht anders ist: Viele leben eher allein, wir leben geselliger.»

Der Besuch bei Müzeyyen K. ist überraschend

Nach der Erfahrung mit Fatma O. und ähnlichen eher ablehnenden Reaktionen ist der Besuch bei Müzeyyen K. überraschend. Sie beantwortet meine Fragen ohne Umschweife, auch jene, die sie wahrscheinlich schon hundertmal gehört hat. Sie ist die einzige meiner Informantinnen und Informanten, die nichts dagegen hat, sich und ihre Familie fotografieren zu lassen. Ich bin erfreut, aber auch



Müzeyyen K. (mit Ümit und Tochter Ilyada) sagt, in einer überbezahlten Wohnung bleibt nicht viel Geld für die Einrichtung.

etwas verunsichert. Warum tut sie das? Es ist eine Reaktion auf ihre Situation als Ausländerin: «Ich möchte den Schweizern zeigen, wie die Ausländer wirklich sind.» Das sogenannte Ausländerproblem sei eben nicht einfach ein Problem der Ausländer, «beide Seiten haben Angst voreinander».

Das Matthäusquartier ist «gekippt»

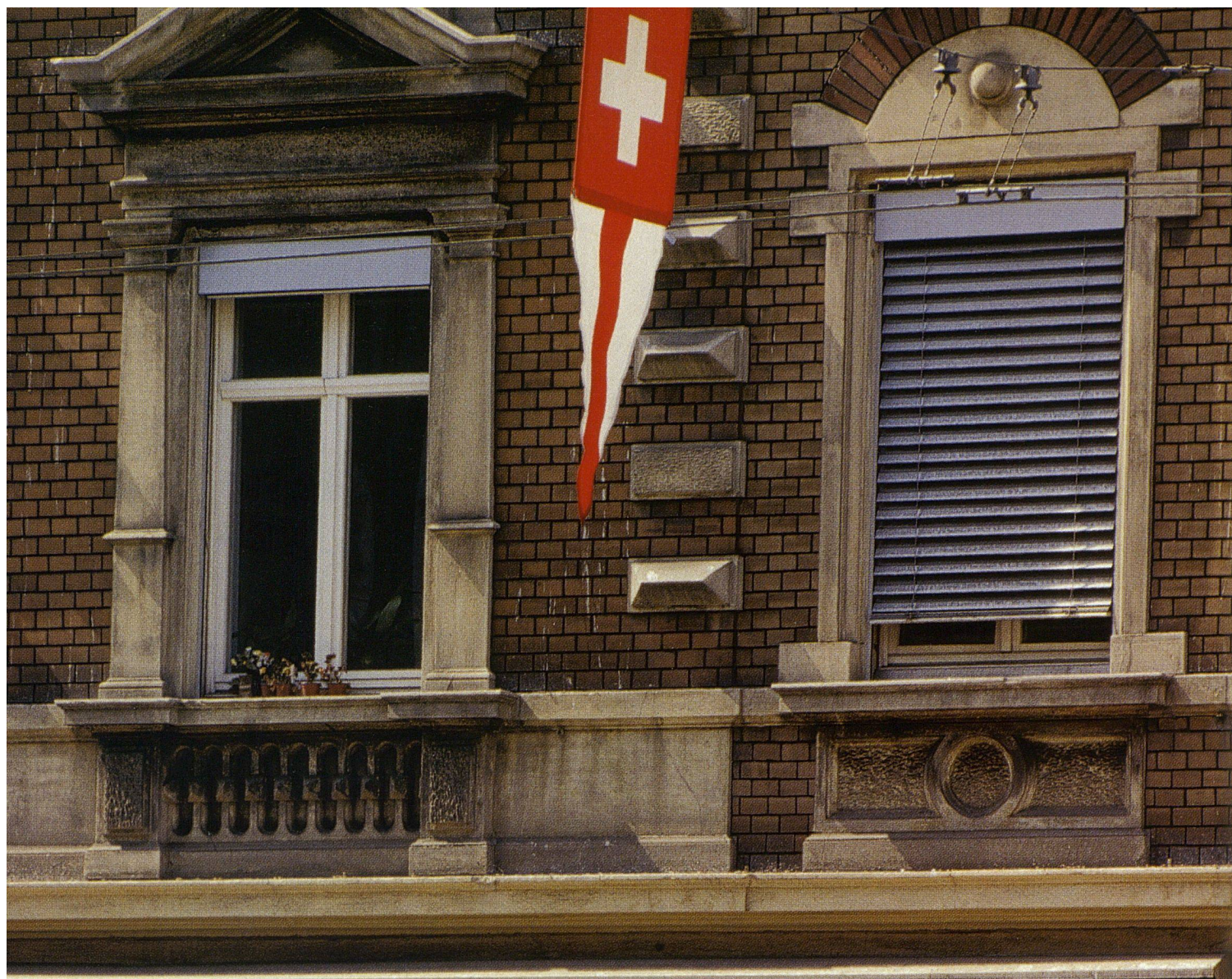
Im Unterschied zu Fatma O. glaubt Müzeyyen K., dass es Unterschiede gibt zwischen dem Lebensstil von Ausländern und Schweizern. Sie ist der Meinung, ihrer Wohnung sehe man es an, dass hier keine Schweizerin lebe. Sie sieht auch grundsätzliche Gegensätze zwischen den Lebensstilen der Ausländer und der Schweizer: «Die Schweizer haben mehr Geschmack, sie schauen mehr auf die Ästhetik. Bei uns sieht alles gleich aus, eine grosse Polstergruppe, ein grosses Buffet oder eine Wohnwand.» Die Überlegungen beim Kauf von Möbeln seien völlig verschieden: «Wenn Ausländer ein Sofa kaufen, überlegen die meisten zuerst, wie viele Leute darauf Platz haben und nicht unbedingt, wie es aussieht.» Und dann gibt es natürlich das Problem des Einkommens: In einer bereits überbezahlten Wohnung bleibt nicht viel Geld für edle Möbel. Schliesslich sieht Müzeyyen K. auch Unterschiede, die mit der gesellschaftlichen Stellung der Bewohner zu tun haben: «Manche haben früher in einem Dorf auf dem Land gelebt, wo es nicht viel Komfort gibt. In der Schweiz kaufen sie viele Möbel und elektrische Geräte, um zu zeigen, dass sie es sich leisten können.»

Fatma O. und Müzeyyen K. sind zwei von 8154 ausländischen Staatsbürgern, die zurzeit im Matthäusquartier leben. Seit letztem Jahr sind hier die Ausländer mit einem Anteil von 50,3% gegenüber den 49,7% Schweizern erstmals in der Überzahl. Oder in anderen Worten: Das Matthäusquartier ist «gekippt». Dieser Begriff klingt bedrohlich, und man hat dem Ereignis seit einigen Jahren besorgt entgegengesehen. Gewerbetreibende bangen um ihren Standort, Einwohner um die Sicherheit und Sauberkeit der Strassen.

Doch die Welt dreht sich weiter, und so schlimm, wie es klingt, ist es nicht. Unter den 50,3% Ausländern befinden sich nicht nur radebrechende Immigranten aus der Türkei oder aus Ex-Jugoslawien, sondern auch Leute aus Deutschland, Frankreich oder den USA. Und vor allem werden auch Menschen mitgezählt, die seit Jahren hier leben oder sogar hier geboren wurden und gut integriert sind.

Im Matthäus wohnten schon immer viele Ausländer. 1910 erreichte ihr Anteil im Kleinbasel mit 48,6% einen ersten Höhepunkt. Die meisten von ihnen waren damals Deutsche. Nach den beiden Weltkriegen fiel der Anteil auf gut 10%. Erst 1995 wurden die Zahlen von 1910 wieder erreicht.

Das Matthäusquartier wurde zwischen 1890 und 1900 praktisch aus dem grünen Felde gestampft. Im Westen wird das Quartier vom Rhein begrenzt, im Osten von den Bauten der Messe und im Süden von der Sperrstrasse. Die Grossbaustelle der Nordtangente bildet die nördliche Grenze. Das



The lower portion of the image shows the ground floor of the building, which serves as a restaurant. A large, dark-framed entrance is centered. On either side of the entrance are large, colorful signs. The sign on the left is yellow and black, advertising 'SULTAN SARAY KEBAP SALONU' and 'Türkische Spezialitäten'. It includes a menu with prices and a 'Pizza' section. The sign on the right is similar but also features the word 'RESTAURANT' in large red letters. A man in a blue t-shirt and red pants stands in front of the right sign. A white car is partially visible on the left, and a red car is partially visible on the right. The overall scene is brightly lit, suggesting daytime.

Matthäus ist eines der am dichtest besiedelten Gebiete Europas. 1997 lebten auf einer Fläche von 60 Hektaren 16 462 Menschen, das sind 278 Einwohner pro Hektare, bezogen auf die Gesamtfläche. Wenn man nur die Wohnzonen betrachtet, sind es sogar 322 Einwohner. Zum Vergleich: Im Edelquartier Bruderholz wohnen auf einer Gesamtfläche von 260 Hektaren durchschnittlich 35 Personen.

Von Bäumen, Gras und Blumen keine Spur

Von der alten Bausubstanz ist noch viel vorhanden, mehr als in anderen Wohnquartieren Basels. Und einige Strassen sind mit ihren Alleebäumen und Vorgärtchen geradezu charmant. Trotzdem: Grünes Gras und Blumen sind dünn gesät im Matthäus. Im Quartier selbst gibt es nur zwei Grünflächen, den Platz um die Matthäuskirche und die Rosentalanlage, ein von Baustellen bedrängter schmalbrüstiger Grasstreifen. Drei weitere Grünflächen liegen, rein rechnerisch, ausserhalb des Quartiers.

Für Familien mit kleinen Kindern heisst das vor allem eins: Wer es sich leisten kann, zieht weg, egal ob Ausländer oder Schweizer. Zum Beispiel die Familie K. Mit ihrer Tochter wohnen Müzeyyen und ihr Mann Ümit in einer renovierten 3½-Zimmer-Wohnung, die etwa 1500 Franken kostet. Die Einkaufsmöglichkeiten sind schlecht, und einen Spielplatz für die Tochter gibt es nicht. Von Bäumen, Gras und Blumen keine Spur. Jetzt haben die K.s die Nase voll. Am Rande Kleinbasels, wo es grüner wird und bald der Wald beginnt, haben sie sich ein Haus gekauft. «Wir werden zwar auch dort wieder Ausländer sein. Es leben viele alte Leute dort, und sie werden hinschauen. Aber sie werden sich daran gewöhnen.»

1996 zogen 151 Familienvorstände – Ehemänner, Väter und alleinerziehende Elternteile – aus dem Matthäus weg, und nur 73 kamen dazu. Fachleute wie Verena Hartmann, Lehrerin am Bläsischulhaus und Konrektorin der Primarschulen Kleinbasels, sind überzeugt, dass die Situation an den Schulen meist nur einer der Gründe ist für einen Wegzug: «Solche Entscheidungen sind wohlüberlegt», meint Verena Hartmann, «sie haben sicher mit der Schule zu tun, aber ebenso mit dem starken Verkehr im Quartier, mit den fehlenden Treffpunkten und Grünflächen.»

Kinder haben weniger Probleme als Erwachsene

Xaver Pfister, der Öffentlichkeitsbeauftragte der katholischen Kirche, wohnt schon seit über 20 Jahren im Matthäus. Seine Kinder gingen im nahen Bläsischulhaus zur Schule. Sie hätten lauter ausländische Freunde gehabt, erinnert sich Xaver Pfister, «aber sie haben das gar nicht gemerkt.» Weniger gelernt hätten sie deswegen ebenfalls nicht. Lehrerinnen wie Verena Hartmann reagieren empfindlich auf Klischees wie jenes, dass Schweizer Kinder in Klassen mit hohem Ausländeranteil weniger lernen würden: «Ich finde das sehr gefährlich. Es werden damit Verallgemeinerungen gemacht, die für die einzelnen Kinder nicht stimmen. Es ist nicht wahr, dass zweisprachige Schüler eine Klasse belasten. Es kann zwar für Einzelfälle durchaus

zutreffen, aber man muss eben auch andere Komponenten mit einbeziehen. Wenn ein Kind mit Kindern aus fremden Kulturen umgehen kann, dann ist das zumindest ein Ausgleich. Der direkte Lernertrag ist nicht messbar.»

Auch für die Familie K. ist, neben der schlechten Wohnqualität, die Schule ein Grund zu gehen: «In der Kindergartenklasse meiner Tochter gibt es nur drei Schweizer Kinder. Das ist nicht gut, weder für die schweizerischen noch für die ausländischen Kinder.» Müzeyyen K. ist überzeugt, dass diese Situation auch für Erwachsene nicht förderlich ist: «Ich glaube, dass sich viele Ausländer gut fühlen, wenn sie in der Nähe von Landsleuten wohnen, aber für ihre persönliche Entwicklung ist es schlecht. Ich möchte nicht nur arbeiten und Geld verdienen, sondern auch Kontakte zu Schweizern pflegen.»

Es ist schwierig, in andere Quartiere zu ziehen

Die Tatsache, dass schon Bekannte oder Verwandte im Quartier leben, dass es Treffpunkte gibt und Läden, ist ein wichtiger Grund dafür, dass viele Immigranten ins Kleinbasel ziehen. Ein weiterer Grund: Es bleibt ihnen schlicht nicht viel anderes übrig. Fatma O. meint dazu: «Wenn wir uns auf ein Inserat melden, fragen sie, ob wir Ausländer seien, und dann ist die Wohnung meistens schon vergeben. Ich würde sehr gerne in eine kinderfreundlichere Wohnung ziehen. Ich würde sehr gerne in einem Quartier wohnen, das besser durchmischt ist und in dem mehr Schweizer leben. Aber es ist schwierig für Ausländer, in andere Quartiere zu ziehen. Die meisten Schweizer wollen nicht hier leben, weil die Wohnqualität zu tief ist.»

Ein populäres Argument dafür, weshalb im Kleinbasel so viele Ausländer wohnten, sind die angeblich billigeren Wohnungen. Diese Vorstellung ist falsch. Leuten, die auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden, bleibt nicht viel anderes übrig, als in überbezahlte Wohnungen zu ziehen. Dies bestätigt auch Rudi Bachmann, Architekt und Präsident der Genossenschaft COHABITAT: «In Spekulationshäusern wird jedermann genommen, der bereit ist, die massiv überbezahlten Preise zu bezahlen.» Zurzeit seien zwar viele Spekulanten am Boden, aber bis ein zu teuer vermietetes Objekt wieder einigermaßen gesund ist, können Jahre vergehen.

Die Spannungen entladen sich beim Wohnen

In den Genossenschaftshäusern selbst gibt es gemäss Ruedi Bachmann kaum Probleme zwischen Schweizern und Ausländern, und zwar deshalb, weil neu zugezogene Ausländer in der Regel nicht in Genossenschaftswohnungen ziehen, sondern in die überbezahlten Spekulationsobjekte: «Genossenschaftswohnungen oder günstige Wohnungen gehen unter der Hand weg und kommen meist gar nicht in die Zeitung. In den Genossenschaften richten sich die Leute längerfristig ein.» Trotzdem kommt es natürlich auch in Genossenschaftshäusern oder in deren Nachbarschaft zu Spannungen: «Manche Leute schieben die Quartierprobleme gerne den Ausländern in die Schuhe. Das ist eine fürch-

terliche Sache: Schliesslich haben wir frustrierte Schweizer, die auf die Ausländer losgehen, also auf das Ende einer Kette von Problemen, anstatt sich gegen die Spekulation zu wehren.»

Diese Spannungen entladen sich meistens im Wohnbereich. Zeynep Yerdelen ist Grossrätin bei der linken Gruppierung BastA (Basels starke Alternative) und Lehrerin an der Weiterbildungsschule. Zusammen mit ihrem Sohn, der in der Nähe in den Kindergarten geht, wohnt sie in einer Überbauung direkt gegenüber eines Altersheims: «Die alten Leute leben hier meist allein, an Feiertagen kriegen sie manchmal Besuch. In der Türkei ist es genau umgekehrt. Leute aus südlichen Regionen leben mehr in einer Gemeinschaft und haben auch viele Gäste.» Dass der Lärmpegel steigt, wenn mehrere Menschen zusammen sind, ist klar. Die entstehenden Konflikte hätten viel mit dem eigenen Fremdsein der Schweizer zu tun und mit der gegenseitigen Unsicherheit, meint Zeynep Yerdelen. Die Folgen sind nicht nur für die schweizerische Seite unerfreulich: «Viele ausländische Leute sind bei Besuchen besonders leise, um ja nicht aufzufallen. Das kann zur Folge haben haben, dass sie sich verkrampfen und gefühlsmässig stagnieren.»

Auch Xaver Pfister sieht im Wohnbereich den konfliktträchtigsten Punkt des Zusammenlebens von Schweizern und Ausländern: «In der Schule und am Arbeitsplatz werden die Probleme angegangen und sind auch lösbar. Im Wohnbereich dagegen prallen die unterschiedlichen Lebensgewohnheiten am heftigsten aufeinander. Gerade hier kommt es sehr darauf an, ob jemand fähig ist, Konflikte zu

lösen oder ob gleich die Polizei gerufen wird.» Jemanden, der sich professionell um Konflikte zwischen Schweizern und Ausländern kümmere oder Kontakte knüpfe, gebe es nicht, stellt er fest.

Die Tschinggalori-Meitli konnten wunderschön singen

Eine Frau, die den Kontakt nie gescheut hat, ist Brigitte Foehr. Sie ist 84 Jahre alt, hat über 40 Jahre im Kleinbasel gelebt und wohnt nun im Altersheim gegenüber der Wohnung von Zeynep Yerdelen. Wenn man Brigitte Foehr nach dem Leben im Kleinbasel befragt, dann sind Ausländer kein Thema, auf das sie von sich aus kommen würde. Mit Ausländern scheint sie nie Probleme gehabt zu haben. «Wir hatten schon immer Italiener in der Schule. Die Tschinggalori-Meitli konnten wunderschön singen, ich habe viele Lieder von ihnen gelernt. Und übrigens», fügt sie hinzu, «wenn ich Tschinggalori sage, dann ist das nicht böse gemeint.» Das glaubt man ihr gerne. Bevor sie ins Altersheim zog, wohnte sie in einem Mehrfamilienhaus neben einer ausländischen Familie. «Das war eine nette Familie, Türken. Die Frau trug immer ein Kopftuch. Sie waren wirklich nett.» Probleme hätten im Haus die Alkoholiker gemacht oder jener Mann, der seine Frau verprügelte.

Damit bestätigt Brigitte Foehr die Aussagen von Fachleuten wie Thomas Kessler, dem Basler Delegierten für Migrations- und Integrationsfragen: Im Grunde sei das sogenannte Ausländerproblem gar kein Ausländerproblem, sondern ein gesellschaftliches Problem. Die Konflikte, die im täglichen Zusammenleben entstehen, haben mehr mit dem

Nezile Özdemir verkauft in ihrem Multimedia-Geschäft «Özgür» an der Feldbergstrasse Bücher, Videos und CDs.



sozialen Status der Beteiligten zu tun als mit ihrer Nationalität. Zu einem wichtigen Faktor wird die Nationalität in einem Quartier wie dem Matthäus deswegen, weil es unter den Leuten, die auf der tiefsten gesellschaftlichen Stufe stehen und keine soziale Sicherheit haben, besonders viele Ausländer gibt. Aber auch andere Randständige wie Drogenkranke oder Prostituierte wohnen, oft unfreiwillig, im Kleinbasel.

Wie wird es weitergehen mit dem Matthäusquartier? In einem Punkt treffen sich alle Meinungen: Zwar hat das bunte Leben im Matthäus durchaus seine Vorteile, aber wünschenswert ist eine weitere Zunahme des Ausländeranteils sicher nicht. Die Lösungsansätze gehen alle in eine ähnliche Richtung: Das Quartier muss attraktiver werden. Zeynep Yerdelen sieht das Problem vor allem in den mangelnden Mitsprachemöglichkeiten der Quartierbewohner: «Wer kluge Stadtplanung macht, arbeitet mit den Leuten zusammen.» Wenn die Leute verantwortlich seien für die Strassen und die Innenhöfe, die sie bewohnten, und bei der Planung mitreden könnten, dann werde das Quartier wieder lebenswerter. «Es gibt zum Beispiel wunderschöne Innengärten, aber sie sind in Parzellen eingezäunt und für Kinder geschlossen. Man müsste in Zusammenarbeit mit den Bewohnern die Hinterhöfe öffnen.»

Die Kontakte unter den Bewohnern des Quartiers zu fördern ist auch Verena Hartmanns Ansatz: «Wir müssen die Eltern in die Schule holen, vor allem die Mütter. Wenn es uns gelingt, dass nicht nur die Väter kommen, wie das oft üblich ist, können wir viel bessere Integrationsarbeit lei-

sten. Es gibt viele Treffpunkte für ausländische Männer, aber das Angebot für Frauen ist sehr klein. Wir müssen Treffpunkte schaffen für Eltern und Kinder, Schweizer und Ausländer.»

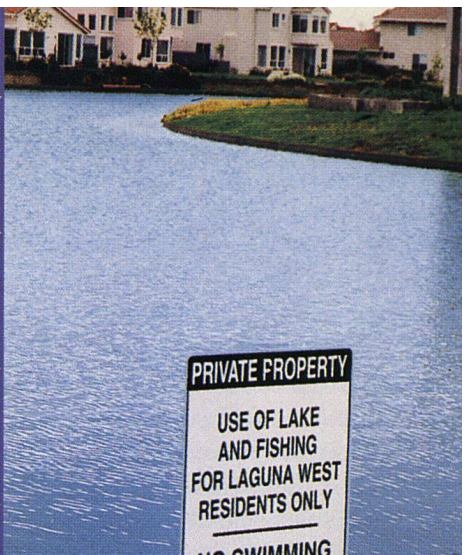
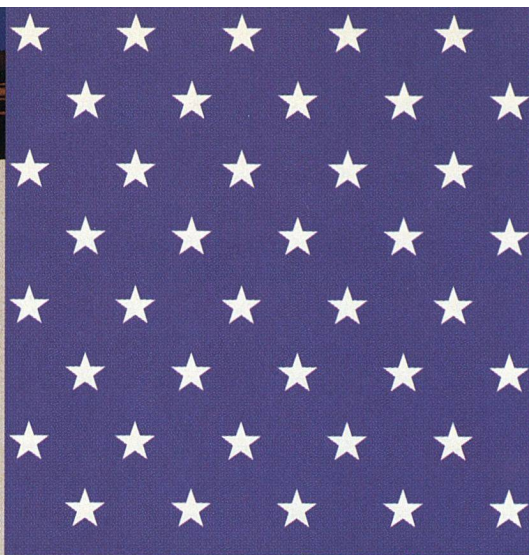
Es muss bei jungen Leuten wieder «in» werden, im «Matthäus» zu wohnen

Thomas Kessler, der Delegierte für Migrations- und Integrationsfragen, ist seit Anfang März dieses Jahres im Amt und hat schon eine Menge Ideen. Sein Auftrag ist es, den Karren der Migrations- und Integrationspolitik aus dem Dreck zu ziehen. Unter anderem hat Kessler vor, die Situation im Kleinbasel zu verbessern: «Es muss bei jungen Leuten wieder «in» werden, im Matthäus zu wohnen, und zwar, weil es ein urbanes Viertel ist.» Dadurch würde der Proletarisierung des Quartiers ein Riegel geschoben. Kesslers Mittel sind Öffentlichkeitsarbeit, städtebauliche Anregungen, wie mehr Ruhe, Grün und Sicherheit, sowie die Begrenzung der Zuwanderung ungelernter Ausländer. Thomas Kessler ist optimistisch, und er rechnet damit, in drei bis sechs Jahren spürbare Resultate zu erreichen.

Mögen seine Pläne gedeihen. Die jungen Bewohner des Quartiers, die auf der Treppe vor der Matthäuskirche spielen, werden es ihm danken. Der Strassenverkehr unter Fatma O.s Wohnung ist derweil rege wie immer. Neben einem Schweizer Blumenladen brät ein türkischer Metzger seine Kebabspiesse. Und auf den Strasse gehen die 50,3 Prozent Ausländer und die 49,7 Prozent Schweizer ihren Geschäften nach. [eXtra]

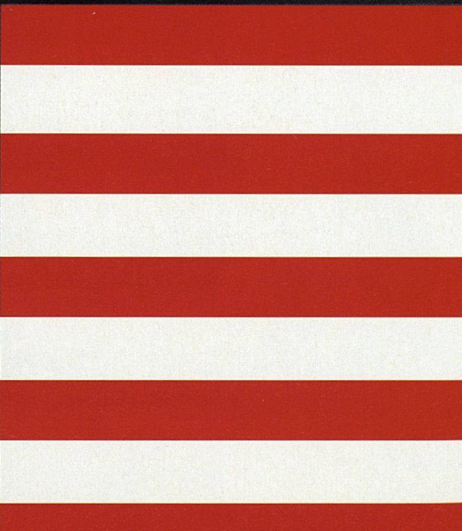
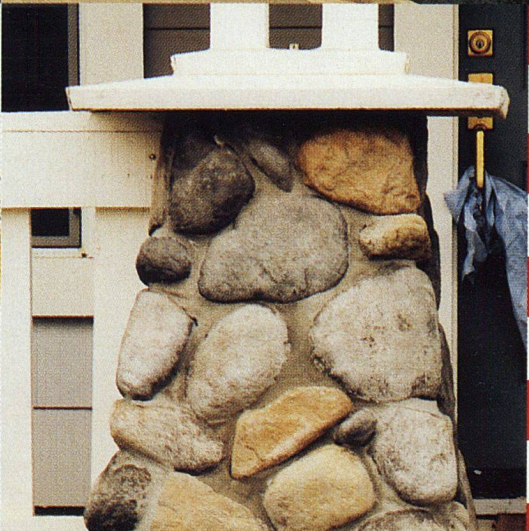
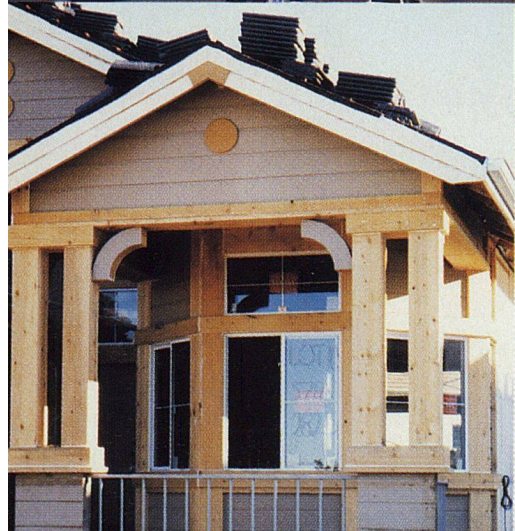
Bläsischulhaus im Matthäus: «Wenn ein Kind mit Kindern aus fremden Kulturen umgehen kann, dann ist das zumindest ein Ausgleich», sagt eine Lehrerin.





Wohnen in Nordkalifornien

Zwischen Villa und Suppenküche



Im Norden Kaliforniens wächst die Bevölkerung schnell. Die Mittelschicht versorgt sich mit freistehenden Einfamilienhäusern, die einiges zu bieten haben. Und die Marketingfachleute wissen es zu verkaufen.

Text und Bilder: Fritz Nigg

Eine Villa am Lake Washington ist zum Verkauf ausgeschrieben: 1200 m² Wohnfläche, einige hundert Meter Seeanstoss. Ihr Eigentümer, der Saxophonist Kenny G., hat den Preis auf umgerechnet 40 Millionen Franken angesetzt. Aber auch für weniger als einen Hundertstel dieser Summe kann man in den USA ein schönes Haus am See kaufen, zum Beispiel in Elk Grove. In diesem Vorort der kalifornischen Hauptstadt Sacramento, nur eine Viertelstunde von deren Zentrum entfernt, gibt es neue 4½-Zimmer-Einfamilienhäuser mit 120 m² Wohnfläche ab 200 000 Franken. Der See, an dem sie stehen, wurde extra für diese Siedlung angelegt. Für die künstlichen Gewässer, die ein Wohnquartier durchziehen, hat sich der Name Laguna eingebürgert, seitdem im Jahre 1900 der Tabakmagnat Abbot Kinney bei Los Angeles erstmals ein neues Venedig entstehen liess.

Der wirtschaftliche Aufschwung im Grossraum San Francisco zieht immer neue Menschen an. Sie stammen aus der ganzen Welt. So behandelt der Arzt Jon Overholt von der Universität Davis innerhalb einer Woche Patienten aus 30 Ländern. Sie alle brauchen Wohnraum, das bedeutet hier zumeist ein freistehendes Einfamilienhaus. Während in Dallas oder Atlanta 5 bis 6% der Häuser und Wohnungen leer stehen, liegt in Nordkalifornien, obschon die Mieten hier doppelt so hoch sind, die Leerwohnungsziffer bei 1 bis 2%. Zudem suchen sich jene Einheimischen, die am wachsenden Reichtum teil haben, ein neues Heim. In wenigen Jahren überziehen daher neue Städte mit Tausenden von Häusern, Arbeitsplätzen sowie riesigen Einkaufszentren die Prärie. Die Developer, die die neuen Siedlungen planen, erstellen und schlüsselfertig in den Verkauf geben, betreiben ein ausgeklügeltes Marketing. Wie Kleiderproduzenten kreieren sie Modeströmungen. Zurzeit muss ein marktgängiges Haus eine geräumige Küche aufweisen mit einem als Bar gestalteten Abschluss, der den Übergang bildet zum Essplatz und zum Family Room. Dies ist der Alltagsbereich der Bewohnerinnen und Bewohner, konsequenterweise ausgestattet mit Cheminée und eingebauten Nischen für die riesigen Fernseher und die Stereoanlage. Was früher bei uns die gute Stube, ist dort der Formal Living Room, der bei zweistöckigen Häusern meistens die doppelte Geschosshöhe aufweist, wobei eine Galerie den Zugang von der Treppe zu den Schlafräumen bildet.

Die Durchgänge zwischen den Räumen sind durchwegs offen; Türen gibt es nur im Schlafbereich. Dort wiederum ist ein Master Bedroom fast obligatorisch, und zum Schlaf-

zimmer von Hausherr und Hausfrau gehört natürlich das eigene Master Bad. Dieses ist zum Schlafzimmer hin offen. Es hat neben den Lavabos mindestens eine ovale Badewanne und eine Duschzelle aufzuweisen. Immerhin ist das WC durch eine Türe abgetrennt. Die weiteren Schlafzimmer sind meistens erstaunlich klein geraten. Freilich braucht es dort kaum Schränke oder Kommoden, denn für die weiteren Zimmer gibt es separate Bäder mit Einbaumöbeln, und anstatt mobiler Schränke sind im ganzen Haus abgetrennte, teilweise begehbare Schrankräume eingebaut.

In ebenen Lagen gibt es kein Untergeschoss. Die Garage ist an- oder eingebaut oder sie steht separat hinter dem Haus. Sie reicht für zwei bis vier Autos, und häufig bietet sie auch noch Platz für eine Bastelecke (Work Area). Waschmaschine, Trockner und Wäscheschränke sind teils separat in der Garage, teils als spezieller Raum (Service Area) im Haus untergebracht. Schliesslich gehören zum Standard auch getönte Fensterscheiben, die Wärme und Strahlen abweisen, sowie eine gute Isolation von Dach und Wänden. Die Energie für Heizung und Warmwasser liefert das Gas. Weil es im Sommer über 40 Grad warm wird, ist eine Klimaanlage unerlässlich. Sie wird unterstützt durch schattenspendende Bäume, die beim Bau des Hauses gepflanzt werden müssen.

Individuelle Architektur, von Anklängen an das Neue Bauen bis zum Edelkitsch, ist einzig in den scharf bewachten, eingezäunten Quartieren der Superreichen zu finden. So sehr sich aber sonst die Häuser im Inneren gleichen, so sehr sucht sich jede Siedlung wenigstens äusserlich von der anderen zu unterscheiden. Jede weist ihre eigenen Stilmerkmale auf, entlehnt von traditionellen Häusertypen wie Victorian, Mission oder Bungalow. Diese «Stilisierung» geschieht teilweise durch Mittel, die aus der Kulissenarchitektur Hollywoods stammen: angeklebte falsche Fensterläden oder Balkongitter ohne Balkon dahinter sowie dünne Steinplatten als Rustico-Mantel eines Holzsockels.

Das Spannungsfeld von Tradition und Moderne kommt auch in den Trends zum Ausdruck, die nach der Publizistin Soledad O'Brien momentan den Wohnungsbau bestimmen. Erstens eine umfassende, aber möglichst verborgene elektronische Ausstattung für mancherlei Zwecke wie Unterhaltung, Anschluss an die verschiedensten Netze, Kontrolle und Überwachung. Zweitens ein Grundriss und Ausstattungen, die vielseitig nutzbar sind und wechselnden Bedürfnissen angepasst werden können. Drittens ein besonderer Raum oder mindestens ein «Herrgottswinkel» für Besinnung, Meditation wie auch zum Aufstellen eines Hausaltars.

Doch für immer mehr Amerikanerinnen und Amerikaner bleibt ein schönes Heim in unerreichbarer Ferne. 26 Millionen von ihnen meldeten sich 1997 bei Second Harvest, einer Institution, die Bedürftigen gratis Lebensmittel abgibt. [eXtra]

Was Frauen planen, kommt allen zugute

Die «Frauen-Werk-Stadt» in Wien ist europaweit die grösste Siedlung, die ausschliesslich von Frauen geplant wurde. Die Anforderungen an sie waren hoch: alltagstauglich, frauengerecht, ohne Angsträume, mit vielen Begegnungsmöglichkeiten. Die 360 Wohnungen sollten vielfältig nutzbar, finanziell tragbar und für verschiedene Lebensphasen geeignet sein.

Karin Brack

Frauen-Werk-Stadt. Frauenwerkstatt? In einer Werkstatt wird Neues kreiert. Nicht weltbewegend, aber alltagsverändernd. Für berufstätige Frauen – oft alleinerziehend – sollte der Alltag vereinfacht werden, tägliche Wege verkürzt und Besorgungen innerhalb der Siedlung machbar sein. Der Gang zum Kindergarten, zum Lebensmittelgeschäft, zum Arzt. Fahrräder und Kinderwagen sollten unkompliziert zu verstauen sein. Dies und noch mehr verlangte das Wiener Frauenbüro, das die Siedlung 1992 initiierte.

Alle wichtigen Gestaltungs- und Planungsverfahren wurden von Fachfrauen entschieden. Nach einem Studienwettbewerb 1993 zeichnen schliesslich vier Architektinnen und eine Landschaftsarchitektin für das Projekt verantwortlich. Die Wahl zweier Bauträger – die Stadt Wien und die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte GPA – ermöglicht ein breites Angebot an unterschiedlichen Wohnungen für verschiedene Einkommensklassen. Das Unternehmen wurde deshalb ausgewählt, weil sie der einzige gemeinnützige Bauträger Österreichs ist, der von einer Frau geleitet wird.

Wohnküche, Kindergarten, Abstellräume

Elsa Prochazka ist eine der Architektinnen; sie entwarf 85 Wohnungen im GPA-Teil. Eine ihrer Spezialitäten ist der Erker in der Küche, der viel Licht einlässt, grosszügigen Überblick nach draussen gewährt und den Arbeits- zum Wohnraum werden lässt. «Die Wohnküche gefällt mir – es ist schön, wenn man so integriert ist. Wenn die Küche ein abgeschlossener Raum ist, fühlt man sich wie in einem Gefängnis», findet Iska Gsaider, 30, die mit ihrem eineinhalbjährigen Sohn seit Herbst 1997 in einer ruhigen Dreizimmerwohnung im Parterre lebt. 30 m² Terrasse werten die helle Wohnung zusätzlich auf. Sie geht auf die Seite des Kindergartens hinaus, den ebenfalls Elsa Prochazka entworfen hat.

«Leider habe ich dort keinen Platz für Frederik gefunden», bedauert Iska Gsaider. Sie will ihr zweites Kind, das sie im

November erwartet, in die Siedlungs-Krippe anmelden und hofft, dass der grosse Bruder doch noch einen Kindergartenplatz bekommt. Für ihre 86 m² grosse Wohnung bezahlt sie monatlich 7568 Schilling, rund 885 Franken.

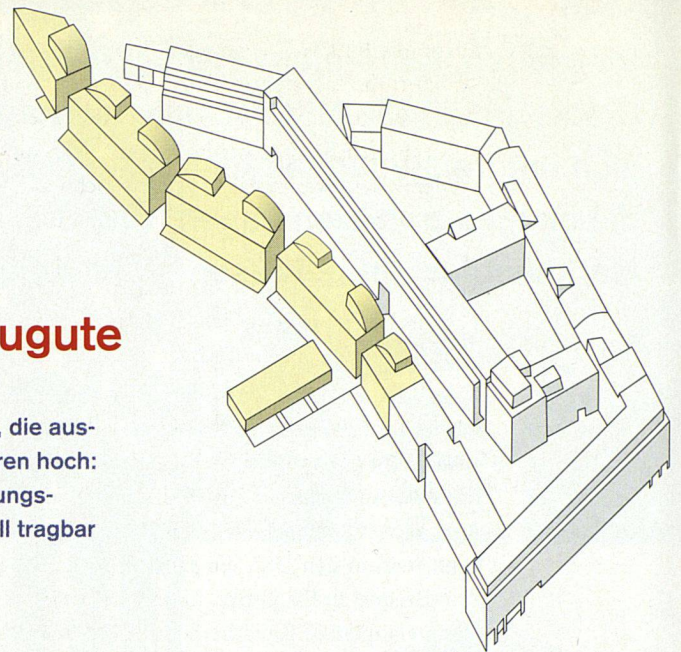
Die Autofreiheit der Siedlung kommt allen Familien mit Kleinkindern entgegen, ebenso die zahlreichen Spielmöglichkeiten. Dass sich der Abstellraum für Kinderwagen allerdings auf der gegenüberliegenden Hofseite befindet, ist nicht ideal für Iska Gsaider. Im überfüllten Fahrradabstellraum ist für Kinderwagen ebenfalls kein Platz. Bei der ersten Mieterversammlung Mitte Mai wurde dieser Punkt moniert, und die Genossenschaft versprach mehr Abstellplätze.

Küchenerker, Kontakte, soziale Überwachung

Ein weiteres Traktandum an der Mieterversammlung waren die verschraubten Fenster der Erker. Erika und Wolfgang Svoboda, beide 56, haben sich auch schon darüber geärgert. Aber insgesamt gefällt ihnen die neue Wohnung, die ihr Alterssitz sein soll. Die schöne Holzküchenkombination haben sie aus der alten Wohnung mitgebracht – wie dies in Österreich üblich ist. Erika Svoboda bedauert, dass sie nach einem halben Jahr immer noch wenig Kontakte knüpfen konnten: «Ohne Kinder geht das nicht so leicht, obwohl wir uns wirklich bemühen – das haben wir uns anders vorgestellt. Ich habe mich jetzt zur Mietervertreterin wählen lassen – vielleicht ergibt sich dadurch etwas.» Vom Küchenerker der Svobodas aus sieht man die Oberlichter der vorderen Tiefgarage. Tageslicht unten, verglaste Stiegenhäuser oben – so sollten in der Siedlung bewusst Angsträume vermieden werden. «Social eyes», soziale Überwachung mittels zum Hof gerichteter Fenster, nennt die Fachsprache diese Architektur. Tatsächlich fürchtet sich abends keine der befragten Frauen in der Siedlung.

Tiefgarage, flexible Wohnungsgrundrisse

«Offenbar werden die Journalisten nur in die vordere Garage geführt», vermutet Helga Schiller und demonstriert, wie



düster die hintere Tiefgarage – ohne Tageslicht – ist. Ihre Wohnung im sechsten Stock mit herrlichem Ausblick gefällt der 55-jährigen und ihrem Mann Günther aber sehr gut. Vor allem die Küche mit breiter Arbeitsfläche und anschließendem Vorratsraum haben es den Kochbegeisterten angetan. Neben der 90 m²-Wohnung liegt eine Garçonnière. «Die hätte man dazunehmen können», erinnert sich Helga Schiller, «wenn wir ein erwachsenes Kind oder einen Elternteil mit hierhergebracht hätten.» Was das Ehepaar vermisst, ist eine eigene Terrasse.

Dachterrasse, Kommunikation, Mädchenspiele

Auch Gerda Smogawetz hätte gern ein Stück privaten Ausenraum. Zwar wäre auf ihrem Haus eine Dachterrasse vorgesehen gewesen, sie erfuhr aber zu spät, dass dort noch eine zusätzliche Wohnung hinkommt. «Das ist aber kein Malheur – wir sitzen oft im Hof.» Da ergaben sich problemlos Kontakte zu anderen Familien. In den übrigen Häusern von Elsa Prochazka sind die Dachterrassen ein für alle zugänglicher Gemeinschaftsraum mit Blick über Wien bis hinüber zu Kahlenberg und Wienerwald. Dort oben sind auch die Waschküchen untergebracht – damit die Frauen, nach Idee der Planerin, vom Alltag abheben und sich begegnen können.

Als Architektin interessierte sich Gerda Smogawetz schon früh für das aussergewöhnliche Projekt. Ihre 110 m² grosse Wohnung mit dem spitz zulaufenden Wohnzimmer enthält eine zusätzliche Dusche. «Das war unsere Idee», erzählt Ehemann Wolfgang Smogawetz, «das konnten wir früh genug mit der Architektin besprechen.» Die grosse Diele soll noch zum Spielplatz für die 13-jährige Julia und den fünfjährigen Robin umfunktioniert werden. Spielmöglichkeiten draussen gibt es zwar für Kleinkinder genügend, für Teenager-Mädchen jedoch mangelhaft. «Die gedeckte Terrasse, die für diese Altersgruppe vorgesehen ist, wird von den Burschen in Beschlag genommen», weiss die 30-jährige Mutter. Die 4-Zimmerwohnung mit 109 m² kostet monat-

lich 9244 Schilling, rund 1080 Franken, dazu kommen 550 Schilling, rund 65 Franken, für den Garagenstandplatz. Der Eigenmittelanteil beträgt 5600 Schilling, rund 690 Franken, pro Quadratmeter.

Traum und Wirklichkeit

Noch vor der Planung waren vierzehn Modellprojekte aus ganz Europa studiert worden – darunter der Davidsboden in Basel und der Brahms Hof in Zürich – die im Wohnbau-bereich als frauengerecht und innovativ gelten. Wer diesen Vergleich ziehen kann, empfindet flexible Grundrisse als Standard, die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Velofahrer/innen als selbstverständlich. Und wenn ein nahes Lebensmittelgeschäft fehlt und Siedlungskinder nicht bevorzugt Kindergartenplätze erhalten, erleichtert dies den Familientag nicht. Keine der befragten Frauen empfindet die Siedlung als speziell frauengerecht, aber alle sind zufrieden in ihrer Wohnsituation und empfinden den Wechsel dorthin als eine Verbesserung. Die Frauen-Werk-Stadt zieht grosse Aufmerksamkeit auf sich und regte zu Diskussionen an. Ihr grösster Erfolg wäre, wenn «weibliche» Grundsätze zu normalen Standards im Wohnungsbau würden. [eXtra]



Eine der vier Architektinnen:
Elsa Prochazka



Lage: 21. Wiener Gemeindebezirk. Verkehrsreiche Donaufelderstrasse mit Strassenbahnen in beide Richtungen jeweils zu U-Bahn-Stationen. Carminweg: sehr ruhig, als Spielstrasse benutzbar. Kleinere Häuser und eine Gärtnerei bilden die restliche Nachbarschaft.

Grundstücksgrösse: 2,3 ha

Bruttogeschossfläche: 43 000 m²

Erstellungskosten: 500 Millionen Schilling,

rund 58,5 Millionen Franken

Bauzeit: zwei Jahre bis Herbst 1997

Bauträger: Stadt Wien (179 Wohnungen),

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (180 Wohnungen), alle Wohnungen sind vermietet.

Eine betreute Wohngemeinschaft mit Gemeinschaftscafé; vier Behindertenwohnungen.

600 m² Geschäftsfläche, alle noch frei.

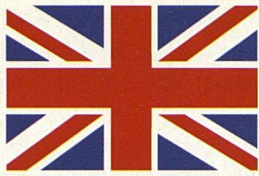
Kindergarten mit drei Gruppen sowie Kleinkinderkrippe

Arztpraxis und Polizeiwachzimmer beim Siedlungseingang

Lebensmittelladen etwa zehn Minuten zu Fuss entfernt, die

benachbarte Gärtnerei verkauft aber Obst und Gemüse.

Der Siedlungsteil der Wohnbauvereinigung, in dessen 180 Wohnungen 450 Menschen leben, trägt den Namen Margarete Schütte-Lihotzky Hof und ehrt damit die erste österreichische Architektin, die mit ihrer berühmten Frankfurter Küche den Menschen und seine Bedürfnisse zur Grundlage des Planens machte.



Statt Sozialwohnungen Spekulationsobjekte

67 Prozent der Britinnen und Briten leben heute im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung. Das ist eine Umkehrung der Verhältnisse von 1950, als noch 70 Prozent zur Miete wohnten. Möglich machte dies die konservative Regierung zwischen 1979 und 1997. Sie privatisierte das kommunale Hauseigentum, den einstigen Stützpfeiler britischer Wohnbaupolitik. Mit den veränderten Besitzverhältnissen wuchsen die Probleme auf dem Wohnungsmarkt.

Von Renée Gruber, London

Ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen, ist während der letzten zwanzig Jahre in Grossbritannien so selbstverständlich geworden, wie es in der Schweiz ein Wohnungswechsel ist. Mehr noch, der Wohnungsmarkt wurde zur Spielwiese von kleinen und grossen Spekulanten.

Seit Queen Victorias Zeiten hat der soziale Wohnungsbau in Grossbritannien stets eine wichtige Rolle gespielt, und in keinem anderen europäischen Land waren die Gemeinden so stark im Wohnungsbau engagiert. Ab Anfang der 60er Jahre förderte die damalige Labour Regierung – zusätzlich zum kommunalen Hausbau – die Gründung von «Housing Associations». Diese gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften werden zwar wie private Unternehmen geführt, erhalten aber staatliche Unterstützung und arbeiten mit den Lokal- und Stadtregierungen sowie wohltätigen Organisationen zusammen. 1979 besaßen und verwalteten Kommunen und Associations in Grossbritannien einen Drittel aller Mietobjekte. Die starke Präsenz der öffentlichen Hand gewährleistete Garantien für die sozial Schwächeren und strebte ein sozial durchmisches Wohnen an.

1980 änderte sich dies schlagartig. Mit der Initiative «Recht zum Kaufen» lancierte die Thatcher-Regierung ein Programm zur Förderung des privaten Wohneigentums. Mieter und Mieterinnen, die mindestens zwei Jahre in einer stadt- oder gemeindeeigenen Wohnung gelebt hatten, konnten die Wohnungen oder Häuser zu Spottpreisen kaufen*. Das «Recht zum Kaufen», so rechneten die Tories vor, entlaste die in Geldnöten steckenden Kommunalverwaltungen: Je weniger Wohnungen, desto weniger Unterhalts- und Reparaturkosten; zudem fördere es die Eigenverant-

wortung. Die besten Wohnobjekte – etwa Reihenhäuser mit Garten – verkauften sich wie warme Weggli. Bis Ende 1997 sind in England, Wales, Schottland und Nordirland über 2,2 Millionen öffentliche Wohneinheiten in privaten Besitz übergegangen. Heute gehören den Gemeinden, Städten und Housing Associations zusammen noch 23 Prozent des Wohnungsbestandes. Dieungsvermietung durch Private macht gerade noch 10% aus.

Einer der vielen, die nicht länger zur Miete wohnen, sondern fürs Alter vorsorgen und den Kindern etwas hinterlassen wollten, war Jim Murphy. Der heute über siebzigjährige Witwer zog 1971 mit Frau und Kind in die Churchill Gardens ein. Diese Grossüberbauung, zwischen 1950 und 1962 im Auftrag des Londoner Stadtbezirks Westminster hochgezogen, war damals europaweit eines der modernsten sozialen Wohnprojekte. Sie bietet 6500 Menschen Wohnraum in Hoch- und Niedrigbauten, daneben Grünanlagen, Fernwärme, eigenes Einkaufszentrum, Restaurant und vier Pubs.

Für 18500 Pfund kaufte das Ehepaar Murphy 1988 die 3-Zimmer-Wohnung in den Churchill Gardens. Zehn Jahre später ist der Wert des Objekts zwar auf phänomenale 92000 Pfund gestiegen, dennoch macht der Pachtvertrag, auf 92 Jahre befristet, Jim Murphy mehr Sorgen als Freude. «25000 Pfund (rund 60000 Franken) will Westminster für Reparaturen und Unterhalt von mir», sagt der Rentner. «Ich weiss beim besten Willen nicht, wo ich das hernehmen soll.»

Hunderttausende befinden sich in der gleichen Lage wie Jim. Lange vernachlässigte Wohnobjekte müssen dringend renoviert werden. Die neuen Wohnungsbesitzenden wer-

* Der Staat verkaufte seine Wohnungen als «kleines Wohneigentum»: Die Käufer/innen erwarben die Wohnung für 100 Jahre; das Gebäude (Hülle, tragende Teile) und der Boden blieben jedoch im Eigentum des Staates.

Die Renovation der Churchill Gardens im Londoner Stadtteil Pimlico bringt manchen neuen Wohnungseigentümer in finanzielle Schwierigkeiten.



Foto: Graham Bush

den happig zur Kasse gebeten, obwohl sie bei den Renovationen nicht mitreden dürfen. Vor allem in London beginnen sich jetzt die Betroffenen zu wehren und drohen mit rechtlichen Schritten. Hinter Brian Pottle etwa, der den Westminster Council einklagen will, stehen 1600 verärgerte Besitzer von Ex-Stadtwohnungen. «Der Council hat gehofft, dass wir aus Geldmangel nicht klagen würden. Aber wir haben gesammelt und bereiten die Klage für den Herbst vor», sagt Pottle.

«Was sich damals wie eine gute Idee anhörte», sagt Jim, «ist zum Mühlstein geworden. Kann ich nicht bezahlen, wird mir die Wohnung möglicherweise unterm Hintern weggepfändet.» Dabei hat Jim noch Glück, dass Churchill Gardens in Pimlico liegt, einem Quartier, das weder verrufen noch heruntergekommen ist. «Weil die Leute – viele davon Rentner – die Rechnungen nicht bezahlen können, kaufen die Hausmakler hier alles zusammen, was sie kriegen können. Sie renovieren und verkaufen zu Preisen, die sich unsereins nie im Leben leisten kann», erklärt Jim.

Erschwingliche Wohnungen fehlen vor allem in London und im Süden Englands. Das knappe Angebot und die gesteigerte Nachfrage haben die Preise in den letzten 18 Monaten explodieren lassen.

Diese Situation blockiert nicht nur die jungen Erstkäufer, die auf den Markt drängen, sondern auch Housing Associations, die ihre Wohnobjekte von Privaten kaufen. 1993/94 erhielten sie 1,7 Milliarden Pfund Subventionen, für 1998/99 sind gerade noch 611 Millionen Pfund budgetiert. «Dabei sind allein in England 116870 Haushalte offiziell als obdachlos registriert», sagt David Bogale, Chef der

Thames Housing Association in Südlondon. «Wir haben lange Wartelisten mit Behinderten und Obdachlosen, können aber fast keine Wohnungen dazukaufen, weil sie zu teuer sind. Um auf dem Markt bestehen zu können, müssen die Wohnbaugesellschaften fusionieren und die Mieten erhöhen. Aber», so Bogale, «unsere Mieter haben ein Wocheneinkommen von etwa 500 Franken.»

Gemeinden, Städte und Housing Associations sehen sich auf dem deregulierten Markt gleichermassen gefangen. Erschwingliche Wohnungen sind schlecht erhalten, konzentrieren sich in Quartieren, wo sich ohnehin schon die sozialen Probleme ballen. «Genau dies aber», meint David Bogale, «müssten wir eigentlich verhindern. Wir wollen ja nicht, dass Leute, die in unseren Wohnungen leben, schon auf Grund ihrer Adresse als Sozialhilfeempfänger identifiziert werden können.»

Und New Labour? Auch die Nachfahren der Begründer des Wohlfahrtsstaates reden der Selbstverantwortung das Wort. Sie verpflichteten sich freiwillig auf die Einhaltung des Staatsbudgets wie noch von den Konservativen vorgegeben und hoffen, dass sich Kommunen und Housing Associations auch in Zukunft irgendwie auf dem Markt behaupten können.

Zwar ist es nach wie vor Pflicht der öffentlichen Hand, den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Doch New Labour hat sich bislang nicht bereit gezeigt, den Preis dafür zu entrichten. Wie David Bogale erklärt: «New Labour verlangt von uns niedrige Mieten und streicht bei Nichteinhaltung der Vorgaben die Zuschüsse. Nur, wie sollen wir Wohnungen renovieren, unterhalten und bauen und niedrige Mieten verlangen, wenn niemand dafür bezahlen will?» **[eXtra]**

Engagement ohne Eitelkeit

Die soziale Wohnungswirtschaft in Europa wird koordiniert von einem Verbindungsausschuss: CECODHAS. Der Österreicher Josef Klemen präsidiert darin die Sektion der Genossenschaften. Wohnen-extra hat ihn befragt:

Was gibt es zu tun in der europäischen Wohnbaupolitik?

Zuerst ist eine neue Definition der Solidarität in Europa vonnöten. In Westeuropa haben die Genossenschaften eine lange Tradition, in Osteuropa ist jedoch unser Mitengagement notwendig. Wir helfen mit, wo man uns einlädt, an der Formulierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Neugestaltung des sozialen Wohnbaus – weg von einer sehr zentralistischen Organisation zu einer demokratischen. In Osteuropa sind wir tätig in Polen, in der Tschechien, in der Slowakei, in Ungarn, Kroatien und Russland.

Welchen Einfluss hat das Wiedererstarken der Sozialdemokratie (in Italien, Frankreich, England) auf die Wohnbaupolitik?

Ich glaube, dass sich die politische Entwicklung all dieser Länder nach einer Periode der reinen Shareholder-Mentalität wieder mehr der sozialen Verantwortung zuwendet. Es wird im wesentlichen darum gehen, ob wir die Fördersysteme für den sozialen Wohnbau in diesen Ländern aufrechterhalten können oder nicht.

Die herrschende Ökonomie des Neoliberalismus geht von der Maxime der privaten Nutzenmaximierung aus. Wirkt die Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe da nicht hoffnungslos antiquiert?



Josef Klemen, 64, war Generalsekretär der Katholischen Aktion und ist seit dreissig Jahren im sozialen Wohnbau tätig. Bei der Genossenschaft «Neues Leben» ist er

seit 15 Jahren hauptamtlicher Geschäftsführer. Er vertritt die Genossenschaften im österreichischen Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger, seit neun Jahren vertritt er Österreich in der CECODHAS. Dort ist er Vorsitzender der Genossenschaftssekktion und leitet eine Arbeitsgruppe für Ost- und Mitteleuropa.

Den Neoliberalismus haben wir stark gespürt und spüren ihn immer noch. Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Aber die genossenschaftliche Idee der Hilfe zur Selbsthilfe ist nicht hoffnungslos antiquiert, sondern ist für viele Menschen eine Hoffnung für die Zukunft. Ich bin überzeugt davon, dass es zu einer Art Renaissance der genossenschaftlichen Idee kommt – bei uns und auch in Osteuropa. Der Urgrund zur Gründung des Genossenschaftlichen findet sich in der Überwindung der materiellen Not. Die neue Herausforderung sind nicht nur materielle menschliche Nöte: Vereinsamung ist heute ein Thema, die Veränderung der Wohnverhältnisse durch Scheidung, dann aber auch Betreuung für ältere Menschen, mehr Schutz für Kinder usw. Dies alles wird jetzt an die Genossenschaften herangetragen, dem können wir uns nicht entziehen.

Momentan wird in der Genossenschaftssekktion der CECODHAS ein Dialog über die Aufgaben der Genossenschaften von morgen im Zusammenhang mit der neuen Solidarität geführt. Im Laufe des nächsten Jahres werden wir diese Inhalte in einem Manifest formulieren.

Die Einführung der Währungsunion mit dem Euro steht bevor. Welche Auswirkungen auf die Wohnungswirtschaft sind davon zu erwarten? Welche Auswirkungen hatten die Maastrichter Kriterien in den letzten Jahren auf staatliches Handeln hinsichtlich Wohnungswirtschaft?

Wir werden stabilere Geldverhältnisse in Europa bekommen. Ich könnte mir auch denken, dass wir, was die Refinanzierung des sozialen Wohnbaus betrifft, auf dem europäischen Kapitalmarkt in Zukunft mehr agieren können als wir dies auf den nationalen Märkten der Vergangenheit tun konnten. Was die Maastrichter Kriterien betrifft: Es muss zu einer europäischen Verantwortung für das soziale Wohnen in jenen Bereichen kommen, wo man sich aus eigener Kraft nicht helfen kann.

Die Staaten Osteuropas und des Baltikums haben eine eigene Geschichte. Wohnraumversorgung war dort eine Aufgabe des Service Public. Hat die Idee genossenschaftlicher Selbsthilfe Fuss fassen können?

Überall geht es um das gleiche: Um die Schaffung von Strukturen, wo sozialer Wohnbau wieder möglich wird in der Eigenverantwortung der Genossenschaften und nicht mehr in der Verantwortung des

«In den Staaten Osteuropas hat man Hotels gebaut und Autobahnen, aber die Leute haben gefroren und sind in Armut geraten.»

Staates. Aber die Umgestaltung von rechtlichen Rahmenbedingungen ist ein unerhört schwieriger Prozess. Man unterschätzte das Thema Wohnen. Wohnen ist eine existentielle Frage. Wohnen ist Leben. Und daher sind die Länder gut beraten, wenn sie sich um diese Art Leben kümmern.

Welchen Zeitraum sehen Sie für die Lösung dieser Fragen?

Die Anlaufzeit dauert etwa acht bis zehn Jahre. Jetzt hat in manchen Ländern der Umgestaltungsprozess voll eingesetzt. Wie lange das dauert, weiss ich nicht, aber sie sind sehr gut unterwegs. Bei manchen Ländern wie Russland muss man etwas nachhelfen. Mit den Baltikum-Staaten sind wir im Gespräch, und es beginnen mit Unterstützung der EU Programme zu laufen, wo wir ihnen helfen bei der Neugestaltung.

Welches Land hat das erfolgreichste Genossenschaftsmodell?

Alle europäischen Staaten haben ihre Fördermodelle. Die Frage ist: Wie erfolgreich kann was wohin transferiert werden? Wir

Länderreport

In den verschiedenen Ländern Europas haben sich ganz unterschiedliche Formen des gemeinnützigen Wohnungsbaus etabliert.

Wir haben willkürlich zwei aktuelle Beispiele herausgesucht.

haben ein Erfolgsmodell insofern, als dass wir in Österreich innerhalb von vierzig Jahren das Wohnungsproblem ordentlich gelöst haben. Da haben allerdings auch die Rahmenbedingungen gestimmt. Ähnlich in der Schweiz, in Deutschland, in Skandinavien. Entscheidend ist, dass wir jetzt diese Fördersysteme in den europäischen Ländern aufrechterhalten und in den Osten transferieren können.

Welche Ziele möchten Sie in Ihrem Amt erreichen?

Mir geht es darum, den sozialen Wohnbau qualitätsmässig zu hinterfragen. Mit ihm haben wir eine kulturelle Verantwortung, er soll sich nicht vom übrigen Wohnbau unterscheiden. Man soll die Menschen nicht einteilen nach Klassen, sondern ihnen Chancen bieten, die eine volle Integration in die Gesellschaft mit sich bringen. Meine Funktionen bei der CECODHAS werde ich im Oktober 1999 abgeben. Meinen Nachfolgern lege ich ein eitelkeitsloses Engagement für den anderen ans Herz. Wir sollen unser Fachwissen zur Verfügung stellen, die Bedingungen der anderen verstehend.

Wohin bewegt sich die Wohnbaupolitik der CECODHAS?

Die CECODHAS nimmt immer mehr die Konturen einer ordentlichen Interessensorganisation in Europa an, und zwar für die Verbände und Unternehmungen, die sozialen Wohnbau betreiben einerseits, aber auch für die Leute, die bei uns wohnen andererseits. Ich war in Österreich 17 Jahre Experte im Parlament für Wohnbaufragen. Ich wurde immer, wenn so ein Gesetz zur Debatte stand, eingeladen, in den Ausschüssen mitzumachen. Eine ähnliche Überlegung hätte ich für Europa: Die CECODHAS-Leute sollten als Experten in den politischen Gremien der EU mitberaten. Das träume ich mir für die CECODHAS. [eXtra]

Interview: Karin Brack



Futuristische Bauten der Öko-Siedlung «Zorup» in Dänemark

Dänemark

45 Prozent des dänischen Wohnungsbestandes waren 1990 Mietwohnungen. Die Hälfte davon lässt sich dem gemeinnützigen, sozialen Wohnungsbau zuordnen. Akteure sind Wohnbaugenossenschaften, -vereine und (kommunale) -gesellschaften. Sie alle sind in der Boligselskabernes Landsforening (BL) vereinigt, dem Dachverband mit 700 Mitgliedern. Sie erstellten 1996 über 200 000 Wohnungen.

Seit erstem Januar 1998 unterstützen die Gemeinden die Finanzierung einer Sozialwohnung mit einem zinsfreien Darlehen in der Höhe von 14 Prozent der Anlagekosten. Die Laufzeit beträgt 50 Jahre. Der Mieter muss 2 Prozent des Gesamtkapitals aufbringen, der Rest wird auf dem Kapitalmarkt mit staatlicher Garantie und indexierten Zinssätzen beschafft. Einkommenslimiten spielen bei der Vergabe von Sozialwohnungen in Dänemark keine Rolle. Angesichts eines regelrechten Baubooms sah sich die Regierung letztes Jahr veranlasst, per 22. Juni 1997 einen Baustopp für Sozialwohnungen zu verfügen.

Auf der Insel Seeland entstand unter Federführung des dänischen Instituts für Bauwesen die Ökosiedlung «Zorup». Die etwa 85 Bewohner/innen in den fünf Häusergruppen sollen dereinst eine weitgehend selbstversorgende Gemeinschaft bilden. (mw)



Jerry Cowley vor den neu erstellten Seniorenresidenzen mit Spitex-Anbindung

Republik Irland

In Mulranny, einem kleinen irischen Nest in der Grafschaft Mayo, sinkt die Zahl der Einwohner/innen. Besonders den alten Menschen blieb nichts anderes übrig als der Wegzug in ein weit entferntes Heim, wenn sie nicht mehr allein haushalten konnten. «Warum sollen sie gehen müssen, nur weil sie abhängig von Dienstleistungen werden», fragte Jerry Cowley, Leiter des lokalen Gemeindezentrums. Er gründete ein Komitee und schaffte es mit der Hilfe der Dachorganisation ICSH (Irish Council for Social Housing) in kurzer Zeit, 16 Häuschen für diese Bevölkerungsgruppe zu bauen. Sie werden vom nahen Gemeindezentrum mit Spitex-Diensten unterstützt. «Das Projekt hat den Familien- und Gemeinschaftssinn in unserer Gegend wieder gestärkt», resümiert Cowley. Bereits ist eine Erweiterung der Anlage in Planung.

In Irland, wo 80 Prozent der Wohnungen in privater Hand sind – ein grosser Teil davon ist selbstgenutztes Wohneigentum –, war bisher die öffentliche Hand der wichtigste Versorger im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Seit den 80er Jahren haben die Wohnbaugesellschaften und -genossenschaften ihre Stellung auf dem Mietwohnungsmarkt stark ausgebaut.

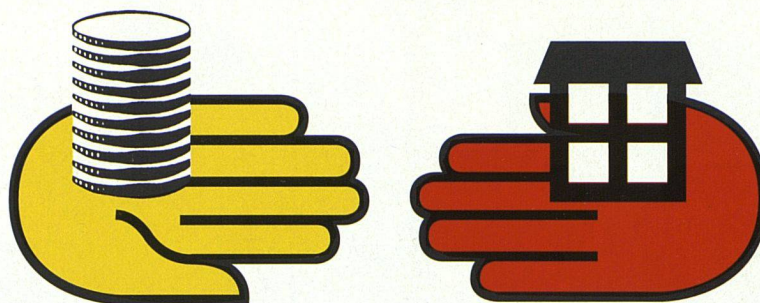
Der grösste Teil der von ICSH-Mitgliedern erstellten Wohnungen geht allerdings in den Verkauf. Im Sozialwohnungsbereich bestehen in Irland grössere Verwaltungs- und Unterhaltsdefizite. Die Regierung versucht, diesen mit einer lokal orientierten Strategie unter Einbezug der Bewohner/innen entgegenzuwirken. (mw)

Fotos: CECODHAS

Tafelsilber weckt Begehrlichkeiten

Sinkende Steuereinnahmen in Deutschland. Milliarden-Schulden und gährende Leere in den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden. Da sucht so mancher Finanzvorstand nach neuen Geldquellen. Beliebte ist hier der Griff zum Tafelsilber – öffentliche Beteiligungen an Unternehmen wie Lufthansa oder Telekom. Aber auch die fast 3,7 Millionen eigenen Wohnungen scheinen vor einem Verkauf nicht mehr sicher.

Gerd Warda, Hamburg*



Gibt es beim Aktienverkauf von Lufthansa und Telekom keine zwei Meinungen, sieht es bei den Wohnungen schon anders aus. «Kommunale Wohnungsunternehmen haben eine wichtige Aufgabe bei der Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum. Ohne die Angebotsstrukturen der kommunalen Wohnungsunternehmen wäre der Wohnungsmarkt im Marktsegment «bezahlbare Wohnungen» für mittlere und andere Einkommensschichten mit Sicherheit wesentlich angespannter», meint Bernd Meyer, Direktor des Verbandes der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen.

Landauf, landab werden Mieter verunsichert. Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel will die eigenen 11200 Wohnungen verscherbeln, denn fast eine Milliarde Mark Schulden drücken. In der Stadt Lübeck diskutieren die Ratsherren den Verkauf ihrer 9000 Wohnungen, und das Land selbst erhofft sich durch einen Teilverkauf ihrer Wohnbauten frisches Geld in den klammen Landessäckel. Was in den Städten und Ländern geschieht, macht vor dem Bund nicht halt. Ein japanischer Investor möchte Bonn die Bahnwohnungen abkaufen.

«Kommunale Wohnungsunternehmen dienen der Daseinsfürsorge», sagt Peter Hitpass, Sprecher des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen. «So mag die Kommune im ersten Moment viel Geld in die Kasse bekommen», rechnet Hitpass vor, aber auf Dauer gesehen zahle die Kommune drauf. Denn sie müsse doch finanziell wieder einspringen, wenn Menschen mit geringem Einkommen eine Wohnung brauchten. «Schlimmer noch: die Städte geben mit einem Verkauf auch den Einfluss auf die Wohnstrukturen in den Stadtteilen aus der Hand», mahnt der Verbandssprecher. Wohngebiete mit einer gesunden Durchmischung könnten dann leicht umkippen und zu Slums verkommen. Jürgen Steinert, Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (GdW), geht noch einen Schritt weiter «In der Tradition der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft produzieren diese Unternehmen tagtäglich den sozialen Frieden in ihren Quartieren und sind damit eines der wichtigsten Instrumente einer verantwortungsbewussten Kommunalpolitik.»

Aber nicht jedes Bundesland macht bei diesem Ausverkauf mit. Hessens Wirtschafts- und Bauminister Lothar Klemm sieht insbesondere im Verkauf des bundeseigenen Bestandes ein blosses «Kasse-Machen auf Kosten der Mieter».

Das «schnelle-Geld» liegt allein im Verkauf unter Wert. Denn der Markt bietet dem Verkäufer nur den Ertragswert, der Substanzwert wird dabei kaum berücksichtigt. Und falls doch mal verkauft werden muss – weil die Kommune in absehbarer Zeit kein Geld für dringend nötige Sanierungen hat –, sollten diejenigen Berücksichtigung finden, die sich den sozialen Umgang mit Mietern auf die Fahne geschrieben haben.

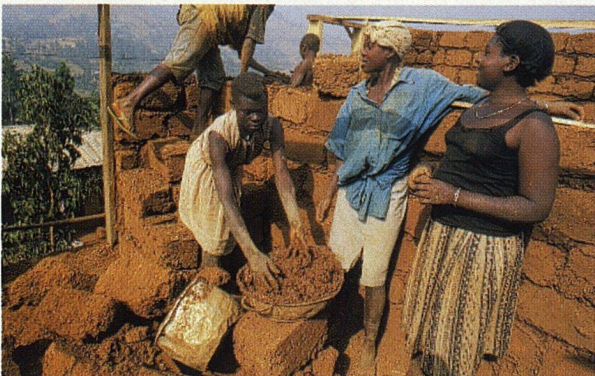
So hat die Stadt Bad Homburg rund 300 Wohnungen an die «Gemeinnützige Baugenossenschaft Hochtaunus eG» verkauft. Das ist eine Genossenschaft, die getreu dem Genossenschaftsgedanken ihren Mitgliedern verpflichtet ist. Hochtaunus-Vorstand Manfred Suhr: «Die Mieter, die wir übernommen haben, werden von uns im Rahmen der Wohnsicherheit wie Genossenschaftler behandelt. Wir zwingen keinem die Mitgliedschaft auf.»

In anderen Fällen bieten die Kommunen den Mietern die Wohnungen direkt zum Kauf an. Dieser Weg wurde in den neuen Bundesländern häufig beschritten – allerdings kostet er viel Überredungskunst und finanzielle Anreize.

Aber es gibt auch Alternativen zum Verkauf: Man positioniere das kommunale Wohnungsunternehmen als Dienstleister in Rahmen der kommunalen Infrastrukturpolitik. Die Dienstleistungen sind vielschichtig rund um das Wohnen, Verwalten, Planen und Bauen angesiedelt. Wichtig ist hier die Einsicht, dass auch ein sozial orientiertes Unternehmen Gewinne erwirtschaftet, über deren Verwendung man durchaus mit dem Gesellschafter sprechen kann. Beispiele gibt es genug; da ist die GEWO Gesellschaft für Wohnen und Bauen in Nordhorn, die Stäwog Bremerhaven, die Lörracher Stabau-GmbH...

Sicher, der Umbau dieser Unternehmen zu Dienstleistungsgesellschaften ist ein langwieriger Weg, aber im Endeffekt allemal lohnender für die öffentliche Hand als ein übereilter Verkauf. [eXtra]

* Chefredakteur der Zeitschrift «Die Wohnungswirtschaft»



Mit einfachen Mitteln

Nicht nur die Feld- und Hausarbeit, auch der Hausbau ist im westlichen Afrika grösstenteils Frauensache. Diesen Eindruck gewann der Fotograf Thomas Schuppisser, als er letzten Winter im Dorf Belo in Kamerun auf eine Baustelle stiess.

Ein Hausbau-Fachmann leitete die Arbeit und brachte das nötige Fachwissen ein. Der Fussboden ist gestampfte Erde, die Mauer besteht – ausser dem steinernen Fundament – aus ausgestochenen Erdquadern, die mit einem Erd/Sand/Wasser-Mörtel zusammengefügt werden. Neben derartigen modernen Gebäuden sind aber auch die traditionellen, mit Hirsebündeln bedeckten Rundhütten im Gebiet Menchum stark verbreitet.

Die Grundfläche des eingeschossigen Baus beträgt etwa 70 m²; darin wird eine grössere Familie schlafen. Ein Wellblech wird das Haus schliesslich vor dem Regen schützen. **[eXtra]**

Fotos: Thomas Schuppisser



Ein Sommertraum in Rosenrot

Rosenbrötchen

Für 12 Brötchen

20 g Hefe

1 TL Honig

2,5 dl Rahm, lauwarm

0,5 dl Randensaft

400 g Halbweissmehl

1½ TL Salz

1. Hefe und Honig im Rahm auflösen, mit Randensaft mischen. Mehl und Salz in einer Schüssel mischen, in der Mitte Vertiefung eindrücken. Rahmmischung hineingiessen, zugedeckt bei Raumtemperatur 20 Minuten ruhen lassen.
2. Zu einem glatten Teig kneten und zugedeckt um das Doppelte aufgehen lassen.
3. Den Teig zusammendrücken, mit Mehl bestäuben, rechteckig auswallen (ca. 60 × 25 cm). In zwölf Streifen von 5 cm Breite schneiden. Die Teigstreifen aufrollen und dabei eine Seite rosenförmig nach aussen ziehen. Gut andrücken, auf ein mit Backpapier belegtes Blech geben und 10 Minuten ruhen lassen.
4. Ofen auf 200 °C vorheizen, ca. 40 Minuten backen, lauwarm servieren.
5. Dazu schmeckt rosa Butter: weiche, gesalzene Butter mit Paprikapulver färben.
6. Seien Sie nicht enttäuscht: Die Brötchen sind nur aussen schön rosa, das Innere ist beige.

Alle Rezepte sind für 4 Personen berechnet.

Die vier Rezepte sind dem vom Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten herausgegebenen «Gästebuch» entnommen.

Rezepte: Karin Messerli, Zürich
Armin Zogbaum, zogbaum cuisine,
Zürich, Mike Schaper, Freiburg (D)

Fotos: Michael Wissing, Waldkirch (D)

Das Buch ist in Deutsch, Französisch
und Italienisch für 25 Franken
erhältlich beim
ZVSM, Zentralverband
schweizerischer Milchproduzenten
Weststrasse 10
3000 Bern 6
Tel. 031 359 57 28
Fax 031 359 58 55

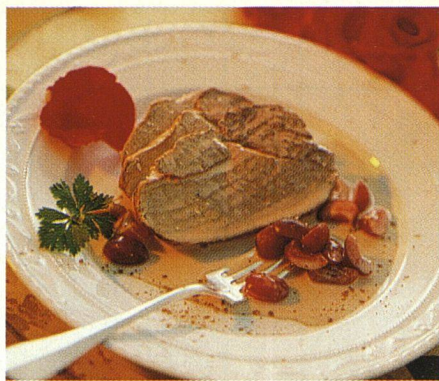


Geeistes Tomatensüppchen

12 reife Cherry-Tomaten
500 g reife Tomaten
1 rote Zwiebel, fein gehackt
1 kleiner, roter Peperoncino, entkernt, gehackt
Butter zum Andünsten

500 g Joghurt nature
1 EL Currypulver
1 TL Zucker
ca. 1½ TL Salz
½ bis 1 EL Korianderblättchen, fein gehackt

1. Die Haut von den Cherry-Tomaten mit einem scharfen Messer dünn abschälen, zu Rosen aufwickeln und zugedeckt beiseite stellen.
2. Enthäutete Cherry-Tomaten und Tomaten grob zerkleinern, mit Zwiebeln und Peperoncini in Butter andünsten. Pürieren, durch ein Sieb streichen und auskühlen lassen.
3. Joghurt, Wodka und Zucker unter das Tomatenpüree mischen. Mit Salz und Koriander abschmecken. Kalt stellen.
4. In gut gekühlten Suppentellern oder Schalen anrichten. Mit Tomatenrosen garnieren.



Orientalische Schweinsnuss mit Kirschen

Gewürzmischung:
12 schwarze Pfefferkörner
½ TL Kardamom, gemahlen
½ TL Zimt
1 Gewürznelke
½ TL Macis (das andere Gewürz vom Muskatbaum)
1 TL Salz

800 g Schweinsnuss
Bratbutter zum Anbraten
3 dl Buttermilch nature
2 dl Rahm
1 TL Maisstärke, in 2 EL kaltem Wasser angerührt
½ bis 1 TL Rosenwasser, Salz
100 g Kirschen entsteint, halbiert oder geviertelt

1. Für die Gewürzmischung alle Zutaten im Mörser zu einem feinen Pulver zerreiben.
2. Schweinsnuss mit der Gewürzmischung einreiben, in Bratbutter rundum kräftig anbraten und in ofenfeste Form legen. Bratsatz mit Buttermilch und Rahm ablöschen. Mit Maisstärke binden und zur Schweinsnuss giessen.
3. In der Mitte des auf 180 °C vorgeheizten Ofens 40 Minuten offen schmoren. Nach 20 Minuten wenden. Die Ofentemperatur auf 80 °C reduzieren. Die Schweinsnuss eine Stunde garen. Der Braten kann so weitere 2 Stunden warm gehalten werden, er wird dabei immer zarter.
4. Sauce durch ein feines Sieb giessen und mixen. Mit Rosenwasser und Salz abschmecken. Ist die Sauce zu dickflüssig, mit etwas Rahm oder Buttermilch verdünnen, Kirschen beifügen, aufkochen und 5 Minuten ziehen lassen.
5. Den Braten in dünne Tranchen schneiden, beispielsweise auf Kefengemüse anrichten und mit der Sauce servieren. Dazu schmeckt Reis.



Rosenblüteneis

450 g Crème fraîche
150 g Himbeeren
140 g Zucker
2 TL Rosenwasser
1 Prise Kardamom, gemahlen
Rosenblütenblätter (ungespritzte) zum Garnieren

1. Alle Zutaten in eine Schüssel geben und mit dem Schwingbesen verrühren, bis der Zucker aufgelöst ist. In die Tiefkühltruhe stellen. Alle 15 Minuten mit dem Schwingbesen rühren, damit die Eiskristalle klein bleiben.
2. Sobald die Masse dickflüssig gefroren ist, in 4 Dessertschalen spritzen und mit Folie zugedeckt tiefkühlen.
3. Das Rosenblüteneis 20 Minuten vor dem Servieren in den Kühlschrank stellen.
4. Mit Rosenblütenblättern garnieren und sofort servieren.
5. Dazu schmecken rosarote Guetzli aus Mailänderli-Teig mit rosa Puderzucker-glasur (mit wenig Randensaft und Himbeersirup gefärbt).

englische Politikerin, Margaret ...	mongol.-türk. Titel englisches Bier	alternativer Personenkreis		Zeitmessgerät eingebildet	Ort in Tirol	Pökel-flüssigkeit		Dauer-bezug, Kzw. Werbe-kurzfilm	saudiarab. Hauptstadt amtliche Verfügung	alt-römischer Lustspiel-dichter
						an-gewebtes Futter		12		
		Stadt in Pennsylv. musikal. Werk		3		Kokosnuss-produkt Meeres-bucht				heutiger Name von Kon-stantinopel
Fleck				Pasten-behältnis Kapitel d. Korans			alter Schlager Hafen-damm			
Edelgas										
Strom-speicher (Kurzwort)	Staat der USA	spanische Währung Maurer-werkzeug	9			ärztl. Hel-ferin, Abk. Kleider-mode			chem. Z. für Zinn Bündel v. Schriften	
				Monats-letzte Berg bei St. Moritz				Teil einer Rede Haft	13	
Maul des Schalen-wildes					Raubtier, Aas-fresser	US-Staat Wiener Mimmi				Ge-schwin-dig-keit
		einheim. Waldtier schmale Stelle	2			Parcours-hindernis zweiter Heuschnitt	8		Spreng-stoff, Abk. enthaltend	
Kosmos				Schnee-mensch Fürwort				weisse Herbst-rübe		
Schabeisen										
			4	Gewebe-art südamer. Steppe		englische Bejahung Autokz. für Genf			Präpo-sition ähnlich	
Heizgerät		Teil der Kette tostlos				Hauptstadt von Öster-reich		indian. Sie-gestrophäe Nebenfluss der Aare		
lärmendes Schreien										
			1			Himmels-richtung frz. wbl. Artikel				Überbrin-ger einer Nachricht
		einheit-licher Farbton		jüd. Hohe-priester Sorte, Gattung		An-sehen, Leu-mund		Kartei-karten-reiter		alt-römischer Sonnen-gott
engl.: eins					Staats-schatz, -vermögen Fürwort		7		Lotterie-schein	
nordische Göttin										
griech. Vorsilbe für: gegen	Wind-richtung				jetzt, in diesem Moment			5	Licht-bild (Kurzwort)	
				10						
				Hand-lungs-weise		lustiger Unfug			gallert-artige Substanz	

325440

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Gewinnen Sie bares Gold!

Vielleicht winken Ihnen bald goldige Zeiten! Wenn Sie des Rätsels Lösung fristgerecht einschicken, nehmen Sie an der Verlosung der vier von der Zürcher Kantonalbank gesponserten Goldpreise teil. Lassen Sie sich die Chance auf einen ZKB-Goldbarren nicht entgehen!

1. Preis: 1 × 20 Gramm Gold
2. Preis: 1 × 10 Gramm Gold
3. Preis: 1 × 10 Gramm Gold
4. Preis: 1 × 10 Gramm Gold

Ihre Lösung schicken Sie mit Absender bis zum 12.9.1998 an Redaktion wohnen, Preisrätsel, Postfach, 8057 Zürich. Die Gewinner/innen werden ausgelost und sofort benachrichtigt. Über das Rätsel wird keine Korrespondenz geführt.



Impressum:

eXtra

Ausgabe 2/98

Beilage zum
«wohnen» Nr. 8/98

Herausgeber:
SVW

Redaktion:
Redaktion «wohnen»

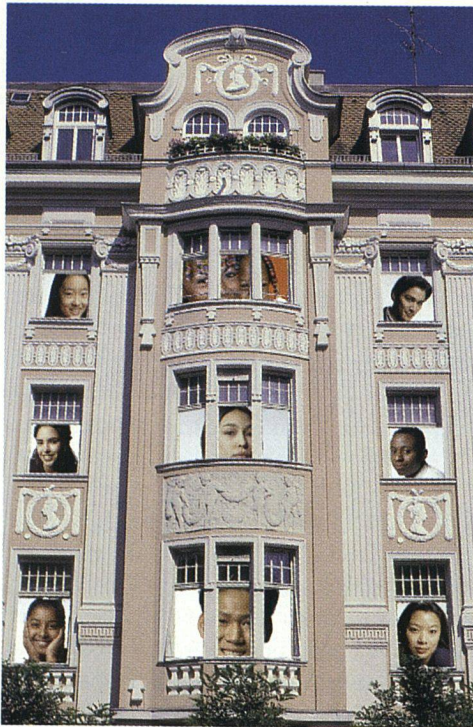
Visuelle Gestaltung
Markus Galizinski,
Zürich

Lithos/Druck:
gdz AG Zürich



eXtra

Wer findet die sechs Unterschiede?



Illustrationen: Visions 'n art